

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Januar 2004

Jahrgang 33

Papier-Technologie-Center in Heidenheim Für die Stadt und Region ein Gewinn

Natürlich, auch die DKP ist über die Entscheidung der VOITH-Manager nicht unglücklich.

Der Widerstand aus allen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens, das PTC nicht in Sachsen oder sonst wo, sondern in Heidenheim zu erstellen, haben sicherlich ihren Anteil an der Konzernentscheidung.

Aber es ist nicht alles Gold was glänzt.

Nicht aus Liebe zu den Mitarbeitern oder wegen des sozialen Gewissens des Dr. Kormann, eher die „freie Vereinbarung“ zwischen der Konzernspitze und dem Betriebsrat. Die mit Entlassungsdrohungen erpressten und bereits im Vorfeld vom Betriebsrat eingeräumten Zugeständnisse gaben zur Einigung den Ausschlag.

Die VOITHianer mussten die in den neuen Bundesländern mögliche Subventionen von 35 Prozent des Investitionsvolumens ersetzen.

Der erpresste Einkommensver-

zicht der Beschäftigten von 3,5 Mio. Euro pro Jahr wurde die Garantie, dass VOITH seine Investition in gut 10 Jahren von den VOITHianern erstattet bekommt.

Dazu kommt mit großer Sicherheit die kostenlose kommunale Infrastruktur, dazu kommt das verbilligte Grundstück, dazu die Sondertarife der Stadtwerke für Strom, Gas, Wasser und Abwasser, das dann von den Heidenheimer Haushalten subventioniert wird. Ein PTC, dessen Investitionskosten von VOITH lediglich vorfinanziert sind. Von den Nachkommen des Hans Voith wird auch nichts beigesteuert. Die aber kassieren als Niesertrag vom Stammkapital Millionen für ihre private Interessen ab.

Vor diesem Hintergrund fällt es schon schwer, die VOITH-Huldigung des HZ-Redaktionsleiters Pfisterer, zu verstehen. Auch MdB Brunnhuber (CDU) schlägt in die gleiche Kerbe. Lob und Respekt zollt

der „Christdemokrat“ dem VOITH-Chef Kormann und den Vertretern des Betriebsrats, dass sie in „freier Übereinkunft“ die Weichen richtig gestellt hätten. Pfisterer (HZ) und Brunnhuber (CDU) haben schnell vergessen, dass die Investition mit Personalabbau, mit der Betriebsschließung des Turbinenbaus, mit Lohnabzug von 3,5 Mio. Euro im Jahr von den VOITHianern abgepresst wurde. Dieser Lohnabzug von 3,5 Mio. fehlt nicht nur den Beschäftigten, insbesondere den Arbeitern und den Schichtern, er fehlt auch als Kaufkraft dem Heidenheimer Handel und dem Gewerbe.

VOITH ist nicht mehr Heidenheim und Heidenheim ist nicht mehr VOITH. Diesen Spruch von Herrn Kormann sollten sich die VOITHianer hinter die Ohren schreiben. Denn der Personalabbau geht, trotz der Opfer der Beschäftigten, weiter.



Vormerken!

Wichtiger Termin: Kommunalwahl 13. Juni 2004



Oberbürgermeister
Bernhard Ilg (CDU)

Das Warum, das Motiv ist wichtig! Leonhard S. gestand tödliche Messerstiche

Um Schlussfolgerungen aus der schrecklichen Tat des Leonhard S. der rechtsextremes Gedankengut am Techn. Gymnasium geäußert hat, zu ziehen, muss nicht nur der Hergang, sondern auch das Motiv dieser Tat ergründet

und von den ermittelnden Stellen herausgearbeitet werden. Dazu muss speziell sein politisches Umfeld und die politischen Kontakte bis nach Berlin zurückverfolgt und offengelegt werden. Leonhard S. ist nicht nur ein jugendlicher Mörder, es ist mehr. Es sind drei junge Menschen, aus Russland stammend, die mit ihren Eltern nach Heidenheim zugezogen sind.

Anne Rieger, Landessprecherin der VVN-Bund der Antifaschisten Ba.Wü. stellte auf der Kundgebung am 27.12.03 fest: „Was ist das für eine Gesellschaft, die Kinder großzieht, die andere Kinder mit einem 20 cm langem Stilet ersticht? Was für Vorbilder geben wir ab, welche Vorbilder bietet diese Gesellschaft? Kinder werden nicht als Totschläger geboren. Kinder werden nicht als Rassisten geboren. Kinder werden nicht als Nazis geboren, werden nicht als gewalttätig in diese Welt gesetzt. Was macht Kinder zu Totschläger oder Mörder? Hören wir auf, die Augen zu verschließen, vor dem was in diesem Land vor sich geht. Seien wir nicht auf dem rechten Auge blind.“

Welche Lebensvisionen, welche Perspektiven gibt unsere Gesellschaft jungen Menschen? Gibt sie ihnen Ar-

beitsplätze, in denen sie ihr Können, ihre Kreativität, ihren Mut, ihre Kraft unter Beweis stellen können? Können sie träumen von einem Beruf, der ihnen Spaß macht, der ihren Horizont erweitert, sie mit interessanten Menschen - anderen Kulturen zusammenbringt, in dem sie sich ver-

wirklichen können? Nein solche Perspektiven bietet die kapitalistische Gesellschaft unseren Kindern nicht. Stattdessen bietet sie ihnen die Sorge um einen Ausbildungsplatz, Angst vor Arbeitslosigkeit, rücksichtsloses Konkurrenzdenken leben wir ihnen vor.

Oberbürgermeister Ilg, so Anne Rieger weiter, hat vollkommen Recht: „Wir dürfen nicht länger schweigen“. Lasst uns laut fordern, was wir brauchen, um der Gewalt zu begegnen: Umsichtige Aufklärung der Tat in allen Richtungen, Arbeits- und Aus-

bildungsplätze für alle, die hier leben. Den Ausbau von Kindergärten, Schulen und Gymnasien. Attraktive Jugend-, Schüler- und Kinderbetreuung. Jugendprojekte zur Aufarbeitung der Hintergründe von Faschismus und Neofaschismus. Auflösung aller neofaschistischer Parteien und damit die Streichung aller Gelder für sie.

Wir brauchen Millionen für Bildung und zivile Ausbildungsplätze - statt Milliarden für die Bundeswehr.

Im Kondolenzbuch von K2 steht der Satz geschrieben: „Wirklich tot ist ein Mensch erst dann, wenn man ihn vergisst.“

In Heidenheim wird der 19.12.2003 ein Gedenktag sein und bleiben, der an die Opfer dieser rechten Gewalttat erinnert.



Umgehungsstraßen und ÖPNV ins Umland! Weniger LKW und weniger PKW in die Innenstadt

Zwei für den ÖPNV wichtige Informationen sind in den letzten Tagen der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Im Fürsamen - noch kein einziges Haus verkauft und das -Fürsamen-Konzept ist gescheitert-. Wer baut schon in einem Sumpfgebiet oder einem Hochwasserstauraum der Brenz sein Eigenheim? Dieser Bebauungsplan, den die Stadtverwaltung trotz Warnung verschiedener Gemeinräte durchgesetzt hat, ist ein Flop. Aber auch ein Flop könnte eine gute Seite haben wenn, die Stadtverwaltung nur wollte. Die DKP fordert erneut die

Nordumgehung der 466 zur Autobahn und fordert für die Zukunft eine Trasse im Baugebiet Fürsamen für eine Straßenbebauung frei zu lassen.

Tausende Pendler kommen zur Arbeit in die Stadt. Der DKP nicht unbekannt. Heidenheim hat mit den größten Pendlerüberschuss in der ganzen Region. 13 137 pendeln aus dem Umland ein und 6 269 pendeln in das Umland aus. Was liegt näher als die Autoschlangen, den Individualverkehr einer verbesserten ÖPNV-Anbindung in die Um-

landgemeinden zuzuführen. Eine seit Jahren immer wieder gestellte Forderung der DKP.

Mit einer Nordumgehung über den Fürsamen verschwinden die LKW aus der Innenstadt. Weder ein Heckental- noch der Innentadtunnel wären notwendig. Mit einem verbesserten und attraktiven ÖPNV in die Umlandgemeinden im Radius von ca. 30 Kilometer könnten tausende Pendler ihr Auto in der Garage lassen.

Was noch fehlt ist eine zukunftsweisende Südumgehung.



Heidenheim ist spitze!

Spitze im Bundesgebiet bei der Strompreiserhöhung von 8,6 Prozent Geschäftsführung und Aufsichtsrat an der Spitze OB Ilg (CDU) die Herren Gemeinräte Lehmann (CDU), Sautter (Grüne), Staiger (SPD), Haug (FW) und die Gemeinrätin Frau Skwara (CDU) haben der Preiserhöhung zugestimmt.

Nein zur Schloßberghotelplanung!

Gelänge es, schon in den nächsten Monaten eine Lösung zu finden, dann wäre das im Hinblick auf die Landesgartenschau 2006 optimal. So der HZ-Redaktionsleiter Pfisterer in seiner Jahresendlaudatio am 31.12.03. Das Luxushotel, fordert Pfisterer, muß mit Nachdruck verfolgt werden. Was hat ein Luxushotel auf dem Schloßberg mit der Landesgartenschau in den Seewiesen zu tun? Schon die räumliche Entfernung und die unerledigte Straßenführung lässt erkennen, welchen Abstand Pfisterer zu den Realitäten bekommen hat. Die Ablehnung dieser großkotzigen Schloßhotelplanung für die oberen Tausend findet in der Heidenheimer Bevölkerung immer weniger Zustimmung. Weder die Sportverantwortlichen noch die Heidenheimer Naherholungssuchenden wollen ein Wellness-Hotel mit Parkhaus und Stadthalle neben unserem Schloß Hellenstein. Was vernünftig ist, ist eine Veranstaltungshalle in den Seewiesen, so wie der Gemeinderat beschlossen und für die Planung bereits tausende Euro verplant

hat. Die vom Gemeinderat beschlossene Veranstaltungshalle in den Seewiesen hätte zur Eröffnung der Landesgartenschau 2006 eröffnet werden können. Nein, weil OB Ilg, beeinflusst von Kormann (Voith sprich Industrie) und dem GBH Geschäftsfüh-



rer Griesinger (dem heimlichen OB) einen Sinneswandel samt der Gemeinderatsmehrheit vollzogen, können die Heidenheimer Sport- und andere Eventbegeisterte noch länger warten.



Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Tarifrunde 2004

Kann die IG Metall Vertrauen zurückgewinnen?

Nach dem Personaldebakel um die Führung der IG Metall und nach der Stillhaltestrategie der IG Metall mit der SPD-Regierungspolitik muss die Tarifrunde 2004 für die Metaller ein tarifpolitischer Erfolg werden. Die Gewerkschaftsführung, an der Spitze der 2. Vorsitzende B. Huber, verantwortlich für Tarifpolitik, muss verantwortliche aktive regionale Tarifpolitik unter Beweis stellen. Angesichts des gewaltigen Sozialabbaus der Schröder-Regierung einerseits und der Unternehmerforderungen nach immer weiteren Einschnitten bei den Löhnen u. Gehältern und der Arbeitszeit andererseits wird die Tarifrunde 2004 eine der härtesten Tarifkämpfe der letzten Jahrzehnte werden.

Die Scharfmacher aus den Unternehmerverbänden, BDI Rogowski und BdA Hundt, werden alles daran setzen, um ihre reaktionären Ziele gegen die Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Gesamtmetall-Präsident M. Kannegiesser hat bereits seine Vorstellungen formuliert: Keine Einkommenserhöhung ohne eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Diese Drohung ist eine Klassenkampfanzeige von oben. Trotz voller Kassenbücher wollen sie nichts geben. Nein, mit ihrer Forderung nach weiterer Fle-

xibilisierung der Arbeitszeit wollen sie von den Arbeitern und Angestellten, dass sie ihre Lohn/Gehaltserhöhung durch längere Arbeitszeiten auch noch selbst finanzieren.

Sie, die Rogowskis im Unternehmerlager, sind nicht ehrlich. Ihre ständige Forderung nach immer weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeit bedeutet nichts anderes als die uneingeschränkte Verfügbarkeit über die Ware Arbeitskraft, sprich Mensch. Wir, die organisierten Arbeiter und Angestellten haben in dieser Tarifrunde nicht nur für mehr Lohn/Gehalt zu kämpfen. Nein, der Kampf dreht sich auch um den Erhalt der Tarifautonomie, dem Recht der gemeinsamen oder kollektiven Vertretung der Arbeits- und Lebensinteressen. Die Kannegiesser-Drohung: „Wenn es keine vernünftige Regelung im Flächentarifvertrag gibt, wird jeder Betrieb seine eigene Lösung suchen“, bedeutet, dass es für die Unternehmerfürsten nicht um sozialstaatliche Regelungen geht, sondern um Unterdrückung.

Berthold Huber IGM-Vorstand, Koll. Hoffmann, Bezirksleitung, Koll. Strobel HDH, den Betriebsräten und IGM Vertrauensleuten stehen in den Betrieben harten Wochen bevor.



Foto: dpa

SPD-Zentrale besetzt

Am 7. Januar protestierten etwa 250 Studierende vor der SPD-Zentrale in Berlin. Immer wieder wurden Losungen skandiert wie: „Wir wollen Bildung für alle. Und zwar umsonst“ oder: „Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut.“ Einigen der Aktivisten gelang der Weg in die Zentrale und auf das Dach des Willy-Brandt-Hauses. Von dort aus wurden Transparente mit der Aufschrift „Besetzt“ und „Spart nicht an uns, denn wir sind die Zukunft“ angebracht. Die Studierenden machten mit dieser Aktion deutlich: „Wenn ihr gedacht habt, dass nach Weihnachten Ruhe ist, dann seht ihr euch jetzt getäuscht.“

Vermischtes / Internationales



Luxemburg-Liebknecht

Zehntausende ehrten in Berlin Rosa und Karl. Sie kamen zur Gedenkstätte der Sozialisten um Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht, die Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands zu ehren. Beide wurden am 15. Januar 1919 von reaktionären Freikorps-Offizieren ermordet.



Eine vom Frankfurter Tor nach Friedrichsfelde führende, von einem breiten Bündnis getragene, Demonstration galt nicht nur dem stillen Gedenken, sondern war gleichzeitig im Sinne von Rosa und Karl ein Protest gegen die Kriegspolitik und gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Transparente „Weg mit der Agenda 2010“ und „Kriege werden gemacht, bevor sie geführt werden“ dokumentierten die Hauptziele der Manifestation. Bereits am 10. und 11. Januar fanden verschiedene Großveranstaltungen statt. So z.B. die Bundeswahlkonferenz der DKP zur Europawahl. Die Jugendorganisationen der IG Metall, des DGB, der DIDF, und der VVN-Bund der Antifaschisten richteten ihren Protest gegen Faschismus, Neofaschismus, und gegen Ausländerfeindlichkeit. Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ beteiligten sich viele hundert Menschen zu dem Thema „Linke Bewegungen und ihre Haltung zu Kuba und Venezuela“.

Solidarität mit Kuba

Freiheit für die in den USA inhaftierten fünf Kubaner

Wir befinden uns im Jahr 2004 nach Christi.

Die ganze Welt wird vom Neoliberalismus beherrscht. Die ganze Welt?

Nein, eine kleine Insel mit unbeugsamen Kubanern hört nicht auf, Widerstand zu leisten.

Und das Leben ist nicht leicht für die Legionäre des Imperialismus.

Trotz Wirtschaftsblockade und des Einsatzes biologischer Waffen ist die Kindersterblichkeit geringer als in den USA, beträgt die Lebenserwartung über 76 Jahre. Kein Kindergarten, keine Schule, kein Krankenhaus und kein Altersheim wurden bisher geschlossen.

Über 200 Millionen Kinder übernachteten auf der Straße, keines davon ist Kubaner.



Kuba wehrt sich seit 44 Jahren gegen die Annexionspolitik der USA

Helfen wir der Insel, ihr Selbstbestimmungsrecht zu erhalten.

Stoppt die Politik der USA gegen Kuba.

unsere zeit

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Spendenkonto

Kennwort: Kuba-Kinder-Reha-Klinik für Cardenas
KSK HDH KNr. 782995 BLZ 63250030 Stadtrat Huber

Die DKP Heidenheim lädt ein
Öffentliche Veranstaltung

Arno Neuber

Sprecher der DKP Ba.-Wü. Karlsruhe

**Militarismus - Krieg
Faschismus**

Mittwoch 28.01.2004
20.00 Uhr Hotel Pörtl

Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.
DKP Heidenheim R. Püschel